

man geredet
ltur, von der
von der Be-
und heute
ngelium und
mus, ob man
ltur oder die

durch, dann
nität = Ver-
Begriffe stehen

Begriffen ist
as. Der Ver-
und steht vor
alles das letzte
Dinge wie er

Deals letzter
er Humanität
kategorie wie
stand als letzte
ne Möglichkeit
nämlich dem
as von vorn-
s etwas von
Substanz des
anderen In-
benso gut wie
gefeht wird).
bestimmt wird,
Barth, zu einem
kann, zu einem
er der Kultur

er Sauberkeit
Wahrhaftigkeit
e ist Volkstum
gefeht und
und der Erde,
uns als solcher

end, ob Karl
gründe oder
tage nach dem
daß bei Barth
Damit wird
ordnet, anstatt
genen Schöpfer
en vor Gott als
Sein Verstand
ungen wie mit
t werden (s. B.
bel am ganzen
das letzte Wort
Gott halt macht.
egen Barth den

Otto Münter.

en.

nd von B. Alt-
sloß. 2.80 M.
der Verkündigung
er ins helle Licht
e heute nach Blut,
Ewigkeit, gesehen
er Gedanken und
und entdeckt liegt.
für Schritt seinen
manchem in der
it tun.

afflins. Salz,

rsuch einer gegen-
Bergegenwartigung
st ihm das weihen
e bleibt Ludwig
) doch gerade hin-
e legen e.

rt, kann man dem
1933 die Bedeutung
Aufgabe" gefordert
tatsächlich so, daß
diesem Gebiet einem
auch von Jahr zu
volksmissionarischen
schen wie ewange-
von Walter Jeez
tschrift "Welt und
M.). Zu den Mit-
enner dieses gestern
ischer Nachverhältnis
den fröhlich in den
inneren Gesetze, und
hen Gehorsam gegen

n, die von Jahr zu
über ausgezeichnete
nem "Tagebuch",
dem Verlag Kaiser,

Jahren bedrückte,
neinende Zeitgeist:
Hest. vierteljährlich
Frau Dr. E. Meyer
Probehefte werden
ung ist vornehm. Be-
gleich. Sparfameit.
sind dankenswerte
erficht durchaus an

Echart.
und Weltpolitik:
alle in Bethel.

Aufwärts

Bezugspreis:
Gesamt wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
1.30 (Postgebühren, beim eigenen Postamt bestellt). — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.30 (inkl. Postgebühren). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Die Herz und Haus“,
„Kinderzage“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile über dem Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 Pf. je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Einnahme nachmittags 8 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 252.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 24. November 1933.

15. Jahrgang.

Wo die Glocke der Verleumdung läutet, ist schnell eine gläubige Gemeinde beisammen.

Steins Städteordnung und sein Sturz.

Zwei Schicksalstage des „Reformator Borussiae“.

Von Werner Lenz.

Zu Beginn des Jahres 1807 zeigte sich ein längst drohendes Wintergewitter entladen! Waren doch lange schon Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Könige Friedrich Wilhelm III. und seinem Staatsminister Freiherrn vom und zum Stein die Quelle von allerlei Unerquicklichkeiten gewesen, an denen ja ohnehin das politische Leben so reich ist! In Erwägung der großen Verdienste, die Stein als Chef der Finanzen, des Industrie- und Handelswesens und anderweit sich erworben hatte, hatte der König die ihm sehr unbequemen Angriffe seines Ministers gegen die obsorgangemäße Kabinettspolitik in „passiver Resistenz“ geduldet, ohne derlei reformatorischen Gedanken nennenswert stattzugeben.

Dann aber hatte es ein schweres Zerwürfnis gegeben, als Stein rundweg die Diskussion mit dem König über ein Ereignis ablehnte, das ihn mit Recht sehr erbittert hatte: nämlich, ohne Stein zu befragen und auch ohne vom Feinde aufgefordert zu sein, hatten nicht zuständige Leute der preussischen Hofclique dem französischen Hofmarschallsamte 100 000 Reichstaler zwecks Finanzierung der Hofhaltung Napoleons in Berlin aus Staatsgeldern angewiesen! Stein hatte in zorniger Ueberraschung dieses Verhalten als eine beispiellose Liebedienerei gerügt, das noch dazu für den verarmten Staat untragbar und schließlich ein Präzedenzfall von unabsehbaren Folgen sei. Die sich ergebenden Verwicklungen und Zuständigkeitsfragen hatte der Minister sodann mit einer deutlichen Absage an den König selbst wie einen gordischen Knoten durchhauen.

Da er dem Herrscher gegenüber in verständlicher Erregung auch den schuldigen Respekt hintangeseht hatte, so ergab sich ein Schriftwechsel, wie er in der preussischen Geschichte zwischen einem König und seinem Minister nur einmalig ist. Friedrich Wilhelm bezeugte Stein als einen „trotzigen, hartnäckigen und ungehorsamen Staatsdiener“, der „das Beste seines Staates“ außer acht lasse und sich „von persönlichen Stimmungen leiten lasse“.

Und andererseits gab die höhnische Art Steins, um seine Entlassung zu bitten, jenen ungerechten Vorwürfen des Königs an Schärfe nichts nach.

Der Bruch war anscheinend unheilbar, und der Reichsfreiherr zog sich auf seine Güter zurück. Der unheilvolle Gang der Geschichte aber ließ sich nicht aufhalten. Der Minister „Frieden“ wurde zähneknirschend von den Preußen, hohnlachend von den Welschen unterzeichnet. Unmittelbar darauf forderte und erzwingt Napoleon die Entlassung des Staatsministers Freiherrn von Hardenberg. Dieser schreibt auf des Königs Veranlassung am 10. Juli 1807 an Stein, der in seinem Stammschloß Nassau an seinen Reformplänen rüstig weiter arbeitet, folgendes:

„Sie allein, lieber Freund, können in diesem Augenblicke retten, was Preußen verbleiben wird. Sie allein können die Leiden lindern, die es zu Boden drücken. Sie werden jeder persönlichen Empfindlichkeit Schweigen gebieten um der Genußnahme willen, einen Staat zu retten, dem Sie von Jugend auf ihre Fähigkeiten gewidmet haben. Sie sind der einzige, auf den alle Patrioten ihre Hoffnung setzen! Würden Sie sich weigern, sie zu erfüllen? Ich verwerfe den bloßen Gedanken!“

Trotz bedenklicher Erkrankung richtet Stein seine Zusage direkt an den König und ist Ende September in Remel. Am 9. Oktober 1807 bereits ergeht das Gesetz über die Aufhebung der bauerlichen Erbuntertänigkeit! Es entspringt der volksdeutschen Auffassung Steins, daß nur freie Bauern und Bürger in der Lage sind, mit Einruß ihrer ganzen moralischen Kraft einen Staat frei zu machen und frei zu erhalten! Und die Erwägung, daß Freiheitsgeist und Gemeininn die kulturellen Wurzeln des Volkes und damit des Staates sind, führen ihn zu dem nächsten großen Reformwerke, dem der kommunalen Reorganisation: Die Städteordnung des 19. November 1808 hat einen Hauptanteil an der Neugestaltung Preußens gewonnen.

Man muß sich die bevölkerungspolitische Umschichtung jener Jahrzehnte vor Augen halten, der dieses Gesetzeswerk nicht nur für den Augenblick diente, sondern deren glattes Ablauf es auch die weitere Bahn öffnete. Aus kleinen Festungstädten, Residenzen, Adierbürgerplätzen waren durch die mehr und mehr einsetzende Industrialisierung und Bevölkerungszunahme Mittelstädte mit An-

satz zur Großstadtbildung geworden. Wie nun die Agrarpolitik Steins im Einvernehmen mit anderen Staatsmännern, so z. B. dem Führer Ostpreußens, Frhr. von Schön, ausgesprochen bauernfreundlich war, so wußte man dazumal auch schon, daß man keinen der Berufsstände in Stadt und Land gegen einen anderen ausspielen dürfe, so daß ihre organische Einheit untrennbar ist, wie man ja auch im menschlichen Körper nicht die Vernachlässigung eines Körperteiles durch Pflege eines anderen aufwiegen und ausgleichen kann!

Der Bauernfreundlichkeit muß deshalb auch eine Unterstützung der bürgerlichen Belange entsprechen. Jede Kategorie dieser Staatsangehörigen muß individuell behandelt werden und auch die zwischen jenen beiden Schichten lagernde Landgemeinde anders als der Gutsbezirk und anders als die städtische Gemeinschaft verwaltet sein. So bietet denn auch Steins Städteordnung vom 19. November 1808 der Selbstverwaltung der Städte jede nötige Handhabe, die eine verschiedenartige kommunale Entwicklung auf Grund der eigenen Bedingungen des einzelnen Gemeinwesens verlangt. Es bedarf keiner Erläuterung dessen, daß eine Handelsstadt im Binnenlande andere Lebensbedingungen hat als eine Hafenstadt am Meere, und daß die Stadt innerhalb eines Industriegebietes andere Aufstiegsmöglichkeiten hat als der städtische Mittelpunkt einer vorwiegend landwirtschaftliche Güter erzeugenden Provinz oder vielleicht die Residenz eines kleinen Staates, in dem alle Berufsstände täglich eng miteinander umgehen und aufeinander angewiesen sind. Die Steinsche Städteordnung war im weiten reichsdeutschen Sinne, nicht aber lediglich als preussische Bedarfsregelung gedacht und hat sich ja dann auch über die Grenzen Preußens ausgewirkt und sogar bis ins Ausland als Beispiel gewirkt.

Der einheitliche Zusammenschluß der Bürger mit der Staffelung ihrer Rechte und Pflichten je nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen und das sich daraus ergebende Werden einer politischen Gemeinde erinnert an die besten Formen der klassischen Stadtrepubliken des Altertums, und wenn man so gern — und teilweise mit Recht — das überkonservative Altpreußen bekräftigt, so sollte man gerechterweise als Gegenwert und Gegengewicht gegen Reaktion usw. die fortschrittliche Tat Steins, seine Städteordnung, anführen, die mit ihrer kommunalpolitischen Verfassungsgebung stark neuschaffend im vaterländischen Sinne und ohne liberale Phrase und Monotonie national-organisch betont war!

Der wesentliche geistige Inhalt dieser städtischen, selbstverantwortlichen Verwaltung durch die Bürgerschaft unter formal staatlicher Aufsicht, ist die Heranziehung des Bürgers zum Gemeinwohl und seine Erziehung zum Gemeininn! Gerade der unbefoldete Mitarbeiter — ein Lieblingsgedanke Bismarcks! — als Vertreter der Gesamtheit kann sich hier neben dem zahlenmäßig kleinen Magistrat voll auswirken, unmittelbar zum Wohle der Stadt, mittelbar somit auch zu seinem eigenen Nutzen, immer aber der Allgemeinheit verantwortlich. Vorherrschend waren auch nach Steins Willen Grundbesitzer und Gewerbetreibende unter den Stadtbürgern zur Kommunalarbeit heranzuziehen, nicht aber in gleichem Maße studierte und zum Behufe der Amtübernahme zuzunehmende Männer. Aus dem natürlichen Nachwuchs der Stadt bildete sich deren Verwaltungsgremium!

In den Wochen, die der königlichen Bestätigung dieses Reformwerkes vorausgingen, hatte sich neues Unheil über Steins Haupt zusammengezogen. Durch Unterschlagung eines Briefes an den Fürsten Sagn-Wittgenstein in Döberan war den Franzosen heimlich Material über die Feindschaft des preussischen Staatsministers vom Stein gegen ihre Nachpolitik in die Hände gelangt. Napoleon, der noch vor Jahresfrist den König von Preußen in der Wahl Steins als Nachfolger bestätigt hatte — ein ganz verständlicher und auch nur augenblicklicher Irrtum des sonst so mißtrauischen Menschenkenners! — war erbittert und forderte Absetzung, Bestrafung, ja schließlich Auslieferung des Franzosenhassers, der ihm auch anderweit als Haupt der preussischen Kriegs- und Befreiungspartei denunziert worden war.

Auf Anraten des Außenministers Grafen von der Goltz, dem gegenüber sich Napoleons erste Wut in Erfurt entlud, schrieb Stein ein Rücktrittsgesuch an den König, der sich — längst versöhnt und trotz charaktermäßigen Unterschiedes einig mit seinem Minister Stein — vorerst nicht zur Verabschiedung entschließen konnte. Schließlich, am 24. November 1808 — folgt er dem Drängen der staatspolitischen Notwendigkeit, dem Wispeln der Französlinge und der drohenden Haltung Napoleons, der sonderbarerweise — nun wieder die Amtseinführung des durch ihn früher verdrängten Freiherrn von Hardenberg

als Nachfolger Steins forderte. Bevor er aber das Entlassungsdekret unterzeichnete, gab er noch einem weiteren Reformwerk Steins sein „Placet“, nämlich der „Verordnung betr. die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden in der preussischen Monarchie.“ Dieses zwar nicht veröffentlichte, aber dem Geiste nach später zum guten Teil praktisch verwendete Edikt, trägt das gleiche Datum wie die königliche Entlassungsverfügung: das des 24. November 1808.

Das Begleitschreiben Friedrich Wilhelms III. ist überaus ehrenvoll für Stein und dankbar den Verdiensten dieses großen Mannes gegenüber gehalten, „der die gerechten Ansprüche auf mein Vertrauen und zugleich das Vertrauen der Nation so lebhaft für sich hat“. Und dieses Vertrauen rechtfertigte der Reichsfreiherr vom und zum Stein glänzend. Als ihn infolge des Nachschubbefehls, den sich Napoleon gegen den preussischen Beamten herausnahm, das Ausland, nämlich Oesterreich und Rußland, jahrelang beherbergen mußte, wußte er dort den Zorn und Mut derart anzufachen, daß man Stein als den weitwirkendsten Förderer der deutschen Erhebung bezeichnen darf! —

Brief aus Baden.

Wieder wie im Frühjahr dieses Jahres könnte man sagen: Wichtiger als alles sonst Mitteilungswerte ist die Frage: Wie hat Baden bei diesen so entscheidenden deutschen Volkswahlen gewählt? Um gleich die Antwort zu geben: Ehrentoll wie das ganze deutsche Volk wählte auch das badische Volk! Wie im Reich war zunächst eine für unmöglich gehaltene Beteiligung zu begrüßen. Hatten wir 1596 852 Stimmberechtigte, so haben hier von bei der eigentlichen Reichstagswahl 1567 176 und bei der Volksabstimmung sogar 1580 424 Wähler und Wählerinnen ihrer Wahlpflicht Folge geleistet. Zur NSDAP bekannten sich 1452 311, zum deutschen „Ja!“ sogar 1503 893 Volksgenossen. Zum „Nein“ nur 49 417, und ungünstig waren bei der Reichstagswahl 114 865, bei der Volksabstimmung nur 27 114. Vergleicht man, daß in Baden bei der Reichstagswahl am 5. März ds. Js. bei 1633 170 Stimmberechtigten nur 1382 525 Stimmen abgegeben wurden, davon bloß 627 156 für die Nationalsozialisten, so sieht man die große Wandlung auch unseres Landes. 755 369 Stimmen sammelten damals die „anderen Parteien“, also 128 213 mehr als die NSDAP damals erhielt. Wo sind heute die „anderen Parteien“? Die meisten ihrer Angehörigen haben nunmehr klar zum Ausdruck gebracht, wie sie heute über Parteien und Parteienstaat denken.

Daß an diesem erfreulichen Ergebnis Stadt und Land in gleicher Weise beteiligt sind, ist selbstverständlich. Waren in ländlichen Orten 100 v. H., d. h. sämtliche Berechtigten erschienen, so u. a. in der Stadt Singen, in verlassenen Dörfern in der Seegegend, wie auch Mittelbaden, so wiesen auch die Städte Konstanz 95 v. H., Freiburg rund 90, Pforzheim 95—96, Durlach über 95, Karlsruhe über 93, Mannheim 90, Heidelberg 95 v. H. Wähler auf. Und so war das Bild überall. Wann hätte es das früher bei uns je gegeben?

Wertvolle Hilfe leistete uns der Teil von unseren Volksgenossen, der aus der Schweiz zu uns herüberkam. Bekanntlich sind wir zur Zeit in dem Lande der Alpen und Kurorte nicht eben gut angeschrieben. Großenteils uns „zuliebe“ vermehren sie dort ihre Heeresmacht um die Hälfte ihres gegenwärtigen Bestandes. Um so willkommener waren die Tausende Deutsche aus der Schweiz, die teils in Lörach, teils in Waldshut die, man muß schon sagen, Fahnen der Aufrechten bildeten und an den genannten Orten in ähnlichem Stimmenverhältnis wählten. Daß sie besonders gefeiert wurden, wird niemanden wundern.

Ein bisher unbekannter Wahlkreis trat erstmals in Erscheinung: das „Konzentrationslager Rislau“. Es hatte nach Abzug einiger beurlaubter und auf Wohlverhalten entlassener Schutzhäftlinge noch 32 Wahlberechtigte. Davon stimmten bei der Volksabstimmung 18 mit Ja, 11 mit Nein und 3 ungünstig. Bei der Reichstagswahl waren 16 Stimmen für und 16 gegen die NSDAP abgegeben worden. Jemandem Einfluß hatten also die dort „noch nicht Geheilten“ so wenig, wie einige ganz Unentwegte, die ihrer alten Liebe zum Kommunismus meinten durch Auswerfen von Flugblättern Ausdruck geben zu sollen. Solche „Selben“ fanden sich in einer an einer Hand heranzählenden Zahl da und dort noch vor. Sie haben sich durch die Benutzung schnellfahrender Verkehrsmittel vor naheliegender und empfindlich spürbarer Betätigung eines gegenteiligen Standpunktes zu schützen gewußt.

Wurde somit also wie bereits gesagt, das badische Ergebnis des 12. November allseits begrüßt und durch

allerlei Feiern dargelegt, so war es nicht minder eine begrüßenswerte Anordnung unseres badischen evangelischen Landesbischofs D. Kühlewein, am folgenden Tag zu gegebener Stunde die Kirchenglocken des Landes erklingen zu lassen. Die Glocken der katholischen Kirchen läuteten einträchtig mit. Vielfach aber hörte man auch schon am Wahltag selber den Gruß von den Türmen. Die Landeshauptstadt erlebte in der Nacht nach der Wahl eine besonders feierliche Stunde. Achtzehn Abgeordnete werden, sofern keine Änderungen mehr folgen, aus Baden nach Berlin ziehen. Darunter der badische Reichsstatthalter, Gauleiter Robert Wagner, der Ministerpräsident, Wirtschafts- und Finanzminister Köppler, der Minister des Kultus, Unterrichts und der Justiz, Dr. Wacker, der Innenminister Pflaumer, der Landesjugendführer Friedhelm Kemper, der Landesbauernführer Hofbauer Huber, der SA-Gruppenführer und frühere Reichswehrleutnant Hanns Lugin, die Parteiveteranen Robert Roth, Albert Roth, August Kramer, Karl Lenz u. a. m. All diesen Dingen gegenüber tritt manches andere in den Hintergrund. Darum soll nur noch von einigen immerhin für unser ganzes Vaterland lesenswerten Dingen die Rede sein.

Das auch bei uns in Baden die Luthertage nicht spurlos vorübergehen, bedarf wohl keiner Erwähnung. Es dürfte kein Ort und keine Gemeinde, vor allem keine evangelische Kirche in unserem Lande geben, wo man nicht seiner gedächte. Selbst in den katholischen Gemeinden liest man die Zeitungen, vor allem die NS-Presse. Die Zentrums-Presse hat ja dort längst ihre Bedeutung verloren. Und so dringt auf dem Wege, den in seiner Weise, in zahlreichen Flugchriften zu Tagesfragen, der große Reformator einst selbst beschritten hat, die Würdigung seines Lebens und Wirkens tief ins Volk hinein, tiefer, als es wohl je früher der Fall war. Wird auch nicht immer gerade das Herzwerk Luthers dargestellt, kommt er mehr als „der Deutsche“ oder in seinen Allgemeinwirkungen vor die Leser, was schade! Stets von seinem Kernwirken kommt doch unter die Menschen. Vor allem lernen Ungeduldige Luther als etwas ganz anderes kennen, als ihn früher seine Feinde hingestellt haben. Wie gesagt, es hat da die badische Zeitungswelt von sich aus allerlei Erfreuliches geleistet.

Nicht minder erfreulich ist sodann die am 10. November durch das Karlsruher Staatstheater erfolgte Aufführung der Lienhardschen Dichtung „Luther auf der Wartburg“, wozu der Landesbischof mit den Oberkirchenräten erschienen war. Staatschauspieler Ulrich von der Trench — nebenbei: ein Pfarrerssohn — hatte die Spielleitung, unser erster Staatschauspieler Hierl gab den Luther, Melandthyon und andere Lutherfreunde (und -feinde) waren gleichfalls schon äußerlich gut wiedergegeben. Das Ganze aber war eine Meisterleistung unserer Staatsbühne, wie man sie früher nie an solche Stücke verwandt hatte. Wie oft mußten Laienspieler, ob recht oder schlecht, ihre Lutherfreunde und Lutherfeindschaft auf die Bühne stellen. Es ist ein Zeichen künstlerischer, aber auch vaterländischer Gefühlsregung, wird die Pflege unserer großen Deutschen, erst recht eines Luther, von ausübenden Künstlern übernommen. Deshalb behalten die sogenannten Liebhaberaufführungen dennoch ihren Wert. Um nur zwei zu nennen: Eine Teilgemeinde der Landeshauptstadt Karlsruhe brachte in mehrtägiger Wiederholung das altbekannte Lutherspiel zur Aufführung und die Gesamtgemeinde Heidelberg ließ sich von der dortigen Dichterin Irma von Drögalski ein neues Stück „Luther in Heidelberg“ zur Festaufführung schreiben. Auch Lutherausstel-

lungen werden in Baden gezeigt. So wollte die Badische Landesbibliothek unter ihrem neuen neu ernannten Leiter, Prof. Dr. Preisendanz, ihre alten Lutherdrucke u. anderes mehr zu einem allgemein interessierenden Überblick zusammenstellen. Die Ausstellung im Melandthyonhaus in Bretten währt sogar drei Monate. Hier sind erstmals auf Luther bezügliche Erstdrucke, Bilder, Urkunden und Medaillen geschlossen zu sehen, ferner die in Baden wohl einzigartigen, über hundert Folgen umfassende Reihe der Luthererstdrucke mit ihren auch künstlerisch wertvollen Titelverzierungen, nicht zu vergessen auch zwei Delgemälde Luthers und seiner Frau von 1529 aus der Kra-nachschen Schule und das einzigartige Kollegheft eines Studenten von Luthers Vorlesung über den Galaterbrief im Jahre 1516/17. Es lohnte sich wohl, eigens hierwegen nach Baden zu reisen.

War vorhin von Lutherspieldingen die Rede, so darf auch eines badischen Pfarrerdichters gedacht werden, der früher auch einmal Luther auf die Bühne brachte. Das Stück hieß „Herrn Eberhards Zehnund“ (Verlag des Co. Bundes). Jetzt hat er in einem Drama „Karthago“ uns ein Dichtwerk großen Ausmaßes, und zwar für die Berufsbühne, geschenkt und darin unter langstvergangenem fremdländischen Geschehen nichts mehr und nichts weniger geschildert als das Schicksal Deutschlands nach dem Vertrag von Versailles. Der Pfarrerdichter heißt Jakob Lauth, wohnt in Tutschfelden bei Emmendingen und sah in der Lutherstätte Koburg sein Werk über die Bretter gehen. War es in seiner ersten Form auch schon 1921 fertig, so hat es in unseren Tagen eine ungeahnte Bedeutung gewonnen.

Sind wir nun aber gerade beim Theater, so darf auch ein Ereignis aus gleichfalls vergangenen Tagen berichtet werden. Am 14. November waren nämlich 70 Jahre verstrichen, daß Richard Wagner erstmals in Karlsruhe weilte und reichlich unterstützt von unserem damaligen Großherzogspaar Friedrich I. und Luise, der bekanntlich der Tristan gewidmet ist, als ein sonst noch weithin Unbekannter und Unverständener seine erste Musikaufführung leitete. Unter den verschiedenen Darbietungen fehlte auch nicht eine Auliese aus den „Meisterfingern“, jenem Werk, das auf der Karlsruher Bühne seitdem bis heute nicht nur besonders pfleglich behandelt wurde, sondern das mittlerweile auch das Lieblingsstück unseres Adolf Hitler geworden ist. Wie er bei allen sich bietenden Gelegenheiten erneut sich dazu einfindet, innerlich mit diesem deutschen aller Kunstwerke verflochten ist, so war es selbstverständlich für unsere Staatsbühne, am diesjährigen 9. November Hitler zu Ehren abends dieses Wagnerwerk aufzuführen. Auch die „Wittenberger Nachtigall“, von Hans Sachs, dem edelsten Meisterfingern besungen, wurde heute die größte Freude daran gehabt haben!

Der größte deutsche Schmuggler-Prozess

Insgesamt über 32,5 Millionen RM Geldstrafen. Papenburg, 23. November. Im Prozess gegen die Himmelfinger Schmuggelbande, die tonnenweise Tabak, Tee und Kaffee über die deutsch-holländische Grenze geschmuggelt hatte, wurde das Urteil gefällt. Danach ist für die 21 Angeklagten auf eine Gesamtgeldstrafe von 32 529 000 RM und auf eine Gesamtgefängnisstrafe von 16 Jahren erkannt worden. Die höchste Geldstrafe für einen Angeklagten beträgt 4 685 000 RM, die höchste Gefängnisstrafe ein Jahr sechs Monate.

Der Prozess wurde vom Staatsanwalt und den Nebenklägern als der größte Schmugglerprozess in der bisherigen deutschen Zollgeschichte bezeichnet.

Einen rechten Ausdruck, der zu einer solchen Feierstunde nicht fehlen durfte, erhielt der Abend durch die Ansprache von Herrn Pastor Lic. Schmidt. In knappen, fest umrissenen Zügen, wurden letzte Grundlagen des Glaubens Luthers und seines reformatorischen Werkes lebendig herausgestellt: Aus einem Leben, das seine Kräfte allein aus der Gebundenheit von Gott her empfängt, konnte in Luther ein Heldentum erwachsen, das sich nicht auf Fleiß und Blut und eigene Stärke gründete und sich deshalb vor keiner Welt voller Widersacher mehr fürchtete. Auch die Gemeinde war mit alten Lutherweisen aktiv an der Feier beteiligt.

Herr Seiler, der bei der Kantatenaufführung seine Doppelaufgabe als Dirigent und Begleiter an der Orgel zugleich mit Umsicht und Geschick bewältigte, spielte zu Anfang stilvoll die große Phantasia „Ein feste Burg“ von M. Praetorius. Zum Schluß wurde uns von ihm schwungvoll und klar in der Durchführung Tokkata und Fuge A-Moll von Max Reger beschenkt, ein Werk, in dem der charakteristische Stil des großen Meisters, Verschmelzung des linearen Sanges mit neuromantischer Harmonik, weg von aller geschmacklicheren Altkordik zu einem wirklich musikalischen Geschehen hin, uns deutlich offenbar wurde. Dafür sei dem Vortragenden auch an dieser Stelle besonders gedankt.

Was ist Rasse?

Mein Aufsatz „Was ist Rasse?“ in Nr. 228 hat eine Entgegnung von Ballg Nagel in Nr. 239 hervorgerufen. Die Verfasserin beruft sich auf das gewiß seinerzeit verdienstvolle Werk von Chamberlain, das aber schon bei seinem Erscheinen im Jahre 1899 „für den damaligen wissenschaftlichen Rassensforschung nicht anscheinlich wollte“ (Günther). Inzwischen ist jedoch die Rassensforschung von neuen Gesichtspunkten ausgehend völlig umgeschaffen worden. Trotzdem steht sie auch heute noch in ihren Anfängen, große Aufgaben stehen ihr noch bevor, sehr vieles ist noch unvollständig geklärt, gerade auch im noch wenig erforschten Osten. Mit guter Absicht habe ich

Selbständigmachung Syriens

Französisch-syrischer Vertrag.

Paris, 22. November.

Zwischen Frankreich und Syrien ist ein Vertrag unterzeichnet worden, der die Aufhebung des französischen Mandates über Syrien und die Selbständigmachung Syriens in ähnlicher Form wie der vor einem Jahre abgeschlossene Vertrag Englands mit dem Irak vorsieht.

Der Vertrag, der vom syrischen Parlament ratifiziert werden muß und am Tage der Aufnahme Syriens in den Völkerbund in Kraft tritt, sieht, wie der Irakvertrag, eine vierjährige Ubergangsperiode vor, während der die künftigen Beziehungen zwischen Syrien und Frankreich im einzelnen geregelt werden sollen.

Der Vertrag ist ein Friedens- und ewiger Freundschafts- sowie ein Bündnisvertrag. Dem Vertrag sind zwei Protokolle beigegeben, die ein Militärabkommen, ein Gerichtsabkommen, Finanzabmachungen und ein Abkommen über das Statut der französischen Beamten in Syrien vorsehen.

Das französisch-syrische Bündnis legt beiden Ländern die Verpflichtung auf, sich in allen außenpolitischen Fragen gegenseitig zu befürworten. Frankreich übernimmt die Verpflichtung, Syrien seinen militärischen Beistand zu leisten, insbesondere auch für die Organisation, die Ausbildung und die Ausrüstung der syrischen Truppen. Die Franzosen stellen außerdem der syrischen Regierung technische Mitarbeiter, richterliche u. a. Beamte zur Verfügung. Die syrische Regierung verpflichtet sich, den völkischen und konfessionellen Minderheiten in ihrem Verwaltungsgebiet eine Behandlung angedeihen zu lassen, die den allgemeinen Grundsätzen des Völkerbundes entspricht. Außerdem verpflichtet sich die syrische Regierung, zwischen den verschiedenen Gebieten, die im Rahmen Osten unter französischem Mandat stehen, die gegenwärtig bestehende wirtschaftliche Interessengemeinschaft aufrecht zu erhalten. Der Vertrag tritt erst am Tage der Aufnahme Syriens in den Völkerbund in Kraft.

Amerikas Währungskrise

Der Finanzberater des Schatzamtes zurückgetreten.

Washington, 23. November.

Der Finanzberater des Schatzamtes, Sprague, ist zurückgetreten. In einem Briefe an den Präsidenten Roosevelt begründet er seinen Entschluß damit, daß er sich zu der gegenwärtig befolgten Finanzpolitik in grundsätzlichen Gegensätzen befindet.

Die einzige Möglichkeit, gegen den Strom zu kämpfen, der das Land in eine unbegrenzte Inflation hineintrage, liege darin, die öffentliche Meinung dagegen mobil zu machen und zu organisieren. Weil er zu einer derartigen Bewegung das Seine beitragen wolle, verlasse er seinen Posten. Er sei fest davon überzeugt, daß eine Politik der Dollarentwertung durch Goldankäufe im Ausland keineswegs zu einer schnellen Erhöhung der Warenpreise führen werde.

Präsident Roosevelt hat einen Vollzugsausschuß eingesetzt, der die Handelspolitik der Regierung einheitlich gestalten und ein Zentralüberwachungsorgan für alle Regierungsmaßnahmen darstellen soll. Die für den Ein- und Ausfuhrhandel getroffenen Unterstaatssekretär Phillips ist einstweilen zum Vorsitzenden des Ausschusses bestellt worden. Der Vollzugsausschuß soll in allen Angelegenheiten befragt werden, die den Außenhandel betreffen, und außerdem bei Handelsvertragsverhandlungen gehört werden.

Werner von Alvensleben verurteilt

Der der Teilnahme an dem Anschlag auf Landesrat Steidle angeklagte Werner von Alvensleben ist zu drei Jahren schweren Kerkers und zur Landesverweisung verurteilt worden.

Reformationsfeier in der Zionskirche.

Am vorigen Donnerstag war die Bethelgemeinde zu einer Reformationsfeier in der Zionskirche aufgerufen. In würdiger Form stellte der Abend die Kerngedanken der Reformation in Wort und Ton heraus. Eine besondere Note erhielt die Feierstunde durch die Aufführung der Reformationskantate und der Kantate „Selig sind die Barmherzigen“, beide von unserem Organisten J. P. Seiler. Die Reformationskantate, ein Werk für Sopran, Tenor, Chor und kleines Orchester, verknüpft sinnvoll Psalmwort, Gebet (Kollektengebet der lutherischen Kirche) miteinander und stellt als Höhepunkt das reformatorische Urerlebnis mit der 62. These Luthers heraus: „Der wahre Schatz der Kirche ist das allerheiligste Evangelium von der Herrlichkeit und Gnade Gottes.“ Darum der feste Ausruf: „Das Wort sie sollen lassen stahn.“

Der zweiten Kantate „Selig sind die Barmherzigen“ (für gemischten Chor, 3stimmigen Frauenchor u. Sopran, Orgel oder Streichquartett ad lib.) liegen tröstende und verheißende Worte der Heiligen Schrift zugrunde. Musikalisch wurzeln beide Kantaten einheitlich in Melodik und Harmonik im Geiste Brahmschen Schaffens, wie etwa Nr. 3 der Reformationskantate: eine im Raume frei schwebende Solostimme („Meine Seele dürstet nach Gott“) im Zusammenhang mit dem Chor („Aus tiefer Not“), dessen Stimmen selbständig linear geführt und gleichzeitig zu warmen, modulierenden Zusammenklängen gebracht werden. Gefühlsbetonter und reicher geht die Musik der Kantate „Selig sind die Barmherzigen“ dem seelischen Grundgehalt des Textes nach, ein Werk, das stark verwandte Züge zum „Deutschen Requiem“ aufweist, ohne jedoch unehrlich zu sein. In beiden Werken offenbart sich eine Musikalität, die von soliden, beachtenswerten Kräften getragen ist.

Der neuromantische Charakter des Werkes stellte an den Kirchenchor, der sein Bestes hergab und seinem Dirigenten willig und mit Hingabe folgte, nicht geringe Anforderungen. Die Sopranistin sang Frau Elisabeth Schroiff mit fester Einfühlung und ansprechenden Stimmenklänge.

darauf verzichtet, die Leser in die Probleme der Rassensforschung einzuführen, ja ich habe auch eine Auseinandersetzung über die sich durchkreuzenden Begriffe Volk und Rasse vermieden, auf die Gefahr hin, von Sachkennern für rückständig gehalten zu werden. Der Zweck meines Aufsatzes war jedoch eine verständliche Erläuterung des Gesicherten und der daraus entspringenden praktischen Folgerungen. Aus demselben Grund verzichte ich auch jetzt darauf. Wer sich interessiert, greife zu einem solchen erschienenen ganz vorzüglichen Werkchen von Prof. Dr. Otto Steche, Lehrbuch der Rassenkunde, Vererbungslehre und Rassenpflege (Quelle u. Meyer, Leipzig, 2.— RM). Ich stelle daher nur richtig, was die Verfasserin aus Günthers bekannter Rassenkunde entnimmt. Sie sagt ganz richtig, daß in Ostdeutschland ein starker ostbaltischer Einschlag vorliegt, und daß diese Menschen blond und blauäugig sind. Nach Günther ist das aber ein anderes blond (mehr aschblond) und ein anderes blau der Augen (grau) als bei der nordischen Rasse, die mit 50—60 v. H. den Typ des deutschen Menschen bestimmt. Die übrigen Körper- und Geistesmerkmale unterscheiden sich noch viel deutlicher (z. B. konkave Nase). Ueber die vermutliche Herkunft sagt Günther (1929): „Lebten Endes ist ja die ostbaltische Rasse wie die ostische als ein umgezügelter Teil derjenigen großen Menschengruppe aufzufassen, die sich in Innerasien zur innerasiatischen (mongolischen) Rasse ausgebildet hat.“ Der sehr vorsichtige Steche sagt: „gewisse Züge legen den Schluß nahe, daß die ostbaltische Rasse an ihrer Wurzel mit den heutigen Innerasiaten, die den Formenkreis der Mongolen bilden, zusammenhängen könnten.“ Andere Forscher halten die Ostbaltischen einfach für eine Mischung von nordischen Rassen mit mongolischen. Wohlverstanden, ich möchte diese Ansichten nicht als gesichert hinstellen; darum hatte ich sie auch vermieden. Sicher ist aber, daß auch später noch mehrfach innerasiatisches Blut nach Europa vorgebracht hat und direkt oder in Form von Einwanderung slawischer Völker nach Deutschland vorgebracht ist. Günther sagt: „Von Asien her reicht bis gegen Mitteleuropa hin, in von Osten her abnehmender Stärke, ein Einschlag innerasiatischer (mongolischer) Rasse.“ Ich selbst habe bei

meinem Auferdruck immer

Und nun z heutige deutsche eben verschwinden Kampf ablöser Politiker eini den Bedürfn Polen und Ts gehalten meri des vorwie durch die vo der sichere Ur nen Kultur. gegen der Ab taffische Bern sperren. Die ichen Welle.

Der Ausb allgemein ab Gegenfatz zu men. In diei bezeichnen un schen und Ju grundsätzlic

Der Ruf, Berechtigung scher Erzeugn Wortes, und Prot.

In erfreul Manufaktur längt die N der deutschen Weltstoffe, w geben am b Arbeit.

Verlangene reichhaltige I kostenlos zug

Die entseide ferenz hat nicht Der vom Konfere Verfassung des E von der Kommissi

In seiner Er hin, die ihn ver, sowie den Vizepr ierenz zu Sonder leien aber nicht g let, daß es einzi

Infolgedessei sich darüber ein hauptauschusses Konferenz autom würde durch den präsidenten und legt werden. E

daß im jetzige Konferenz am laufende und verschiebenen nukung

Es sei ebenfall den Präsidenten fenden halten un richt erstatten fo

gepräsidentsen de Völkerbundes u

Der Unterj seiner ersten ö präsident Dr. E

daß wir in eine Theorien aufgele eine große Tra ches Spiele in J ders große Bed ten Wirtschaft etwas an sich 2

diejenigen, di des Leihkapit eine nützlich

Dr. Schacht ha griffen Geld un wechselt werde könne nicht au könne nur era nicht Selbstzw dienen.

Die Mora hier und da n Moral des Gl Gläubiger- un merden. Der Problem des viel davon ge wensens Blak

Syriens

22. November.

Vertrag unter-
zeichneter Man-
nung Syriens in
geschlossene Ver-

ament ratifiziert
Syriens in den
Vertrag, eine
und der die fünf-
randreich im ein-

ewiger Freund-
vertrag sind zwei
ommen, ein Ge-
ein Abkommen
in Syrien vor-

beiden Ländern
politischen Fragen
nimmt die Ver-
stand zu stehen,
die Ausübung
Die Franzosen
technische Mit-
gung. Die syrische
nd konfessionellen
eine Behandlung
Grundlagen des
pflichtet sich die
nen Gebieten, die
andat stehen, die
ressengemeinschaft
erst am Tage der
Kraft.

Währungs- krise

urückgetreten.

23. November.

prague, ist zur-
niten Roosevelt be-
sich zu der gegen-
wärtigen Lage

strom zu kämpfen,
ation hineinzu-
gen mobil zu ma-
gen derartigen Be-
e er seinen Posten.
tit der Dollarent-
de keineswegs zu
führen werde

zugsausfluß ein-
er Regierung
strahlüberwachungs-
stellen soll, die für
erden. Unterstaats-
sitzenden des Aus-
schuß soll in allen
Außenhandel be-
ragsverhandlungen

verurteilt

lag auf Landestaf-
ben ist zu drei Jah-
rverweisung verurteilt

Probleme der
be auch eine Aus-
zeugenden Begriffe
die Gefahr hin, von
a zu werden. Der
eine verständliche
daraus entspringen
selben Grund ver-
stärkt, greife zu
sichlichen Werken von
Rassenkunde, Ver-
u. Meyer, Leipzig;
was die Verfass-
ende entnimmt. Sie
und ein starker öst-
dies Menschen
her ist das aber ein
ein anderes Blau
nordischen Rasse, die
deutschen Menschen
nd Geistesmerkmale
g. B. konkave Nase).
Bühner (1929): Leh-
wie die östliche als
hen Menschengruppe
zur innerasiatischen
„Der sehr vor-
n den Schluß nahe,
Wurzel mit den heuti-
is der Mongolen bil-
dere Forscher halten
ung von nordischen
den, ich möchte diese
iden, ich möchte sie
; darum hatte ich sie
daß auch später noch
Europa vorgebrängt
Einwanderung slawi-
gerückt ist. Bühner
en Mitteleuropa hin,
Stärke, ein Einschlag
„Ich selbst habe bei

Ubrüstungskonferenz vertagt

Keine Aussicht auf Einigung

Die entscheidende Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz hat nicht ganz 10 Minuten in Anspruch genommen. Der vom Konferenzpräsidenten unterbreitete Bericht über die Verhandlungen des Hauptausschusses bis Mitte Januar wurde von der Kommission ohne jede Diskussion angenommen.

In seiner Erklärung wies der Präsident auf die Gründe hin, die ihn veranlaßt hätten, die Vertreter der 4 Mächte sowie den Vizepräsidenten und den Berichterstatter der Konferenz zu Sonderverhandlungen einzuladen. Entscheidungen seien aber nicht getroffen worden, da man überzeugt gewesen sei, daß es einzig dem Büro oder dem Hauptausschuß der Konferenz zukomme, Entscheidungen zu treffen. Man habe eingesehen, daß die bestehenden Divergenzen über mehrere wichtige politische Fragen zu groß seien um zu hoffen, daß eine verfrüht stattfindende Diskussion im Rahmen des Hauptausschusses zu günstigen Resultaten führen könnte.

Infolgedessen sei vorgeschlagen worden, daß das Büro sich darüber einigen solle, ob ihm eine Vertagung des Hauptausschusses angezeigt erscheine. Das genaue Datum würde durch den Präsidenten nach Beratung mit dem Vizepräsidenten und dem Berichterstatter der Konferenz festgelegt werden. Es sei angeregt worden,

daß im jetzigen Stadium die Arbeiten der Abrüstungskonferenz am ehesten erleichtert würden durch parallel-
laufende und ergänzende Anstrengungen zwischen den
verschiedenen Staaten und durch eine weitgehende Aus-
nutzung des diplomatischen Räderwerkes.

Es sei ebenfalls angeregt worden, daß die Regierungen
den Präsidenten über ihre Anstrengungen auf dem Lau-
fenden halten und ihm über die endgültigen Ergebnisse Be-
richt erstatten sollten, damit er nach Beratung mit dem Vi-
zepräsidenten den Berichterstatter, den Generalsekretär des
Völkerbundes und den Präsidenten der technischen Kom-
missionen entscheiden könne, in welchem Maße die Arbeiten der
Ausschüsse inzwischen weiter fortgeführt werden sollen.

Japan zieht seinen Beobachter zurück

Die japanischen Marinebehörden haben den japanischen
Botschafter bei der Abrüstungskonferenz, Admiral Hazi-
gama, angewiesen, nach Tokio zurückzukehren, da sie nichts
mehr von der Abrüstungskonferenz erwarten. Zwei japa-
nische Vertreter verbleiben noch in Genf, um die Vertre-
tung Japans aufzulösen. Admiral Hazingama hat sich be-
reits nach Marseille begeben, um von dort aus nach Tokio
zu fahren.

Deutsche Vorstellungen in Brüssel

Unerschämte marxistische Hehe.

In Belgien zeichnet sich eine neue Welle marxistischer
Angriffe gegen das nationalsozialistische Deutschland ab. Im
ganzen Lande werden illustrierte Flugchriften verteilt. In
Antwerpen wird mit einer auf tiefstem Niveau stehenden
Reklame die Durchführung eines gegen das heutige Deutsch-
land gerichteten Theaterstückes angekündigt. Das Stück ist
selbst nach dem Eingangsdatum der sozialistischen Presse li-
terarisch minderwertig.

Den Gipfel der Verheerung erreicht die Inanspruch-
nahme des belgischen Rundfunks zur Boykottpropaganda
seitens der sozialistischen Partei Belgiens. Die deutsche
Gesandtschaft hat gegen diese Vorgänge energisch Verwah-
rung bei der belgischen Regierung eingelegt und insbeson-
dere die Abstellung des Mißbrauches verlangt, der mit
dem unter staatlicher Kontrolle stehenden Rundfunk getrie-
ben wird und der geeignet ist, eine Störung der deutsch-
belgischen Beziehungen zu verursachen.

Verstaatlichung der Banken?

Beginn der Untersuchungsausschüsse.

Der Untersuchungsausschuß für das Bankwesen trat zu
seiner ersten öffentlichen Sitzung zusammen. Reichsbank-
präsident Dr. Schacht sagte in seiner Begrüßungsansprache,
daß wir in einem Wirtschaftssystem leben, das nicht nur auf
Theorien aufgebaut sei, sondern historisch entstanden sei und
eine große Tradition in sich schließe. Das Kapital als sol-
ches spiele in jeder Wirtschaft eine Rolle, eine ganz beson-
ders große Bedeutung falle ihm aber in einer so komplizier-
ten Wirtschaft wie der unsrigen zu. Das Leihkapital sei
etwas an sich Neues;

vielen, die sich mit der Vermittlung und Beschaffung
des Leihkapitals befassen, nämlich die Banken, bildeten
eine nützliche und volkswirtschaftliche Einrichtung.

Dr. Schacht hob sodann den Unterschied zwischen den Be-
griffen Geld und Kapital hervor, die nicht miteinander ver-
wechselt werden dürfen. Durch Vermehrung des Geldes
könne nicht auch das Kapital vermehrt werden, Kapital
könne nur erarbeitet und eripart werden. Das Kapital sei
nicht Selbstzweck, sondern habe der Volkswirtschaft zu
dienen.

Die Moral des Schuldners sei in den letzten Jahren
hier und da mindestens ebenso angreifbar gewesen, wie die
Moral des Gläubigers. Die gesetzlichen Grundlagen für die
Gläubiger- und Schuldnermoral müßten wiederhergestellt
werden. Der Bankenausschuß werde sich zunächst mit dem
Problem des privaten Bankwesens befassen. Man habe
viel davon gesprochen, daß eine Verstaatlichung des Bank-
wesens Maß annehmen müsse und daß dadurch die Fehler.

meinem Aufenthalt in Polen und Westrußland diesen Ein-
druck immer wieder gehabt.

Und nun zur praktischen Folgerung. Niemand will ins
heutige deutsche Volk Zwietracht hineintragen und den
eben verschwindenden Klassenkampf durch einen Rassen-
kampf ablösen. Aber darin find sich die Gelehrten und
Politiker einig, daß dem stark an unsere Ostgrenzen bran-
denden Bevölkerungsdruck slawischer Völker, vor allem
Polen und Tschechen, mit ihrer starken Vermehrung stand-
gehalten werden muß. Eine allmähliche Unterwanderung
des vorwiegend nordisch-binarischen deutschen Volkes
durch die vorwiegend östlich-östbaltischen Slawen wäre
der sichere Untergang des Deutschlands und der ihm eige-
nen Kultur. Darum geht es! Und darum sollten wir ent-
gegen der Absicht der Verfasserin uns gegen eine weitere
rassische Vermischung mit unseren östlichen Nachbarn ab-
sperren. Die slawische Welle ist der Vorbote der mongoli-
schen Welle.

Der Ausdruck „Arier“ wird als Rassebezeichnung heute
allgemein abgelehnt; er hat trotzdem in der Politik im
Gegensatz zu den Juden eine neue Bedeutung angenom-
men. In diesem Sinne können wir die Slawen als Arier
bezeichnen und im Einzelfall eine Rassebezeichnung zwi-
schen Deutschen und Slawen anders beurteilen als zwischen Deut-
schen und Juden. Das ändert aber nichts an der obigen
grundfalschen Einstellung. Dr. Fr. Breischneider.

Hinweis.

Der Ruf „Kauft deutsche Ware“ hat wohl noch nie solche
Berechtigung gehabt, wie heutzutage. Denn durch Kauf deut-
scher Erzeugnisse leisten wir Volkswirtschaften wieder Arbeit und
Brot.

In erfreulicher Weise hat sich die überall bekannte Textil-
Manufaktur Haagen Wilhelm Schöpflin Haagen/Baden schon
langst die Aufgabe gestellt, durch Verkauf nur deutscher Ware
der deutschen Wirtschaft zu dienen. Bei berühmten Wiesentaler-
Weststoffe, welche die Firma an alle Orte Deutschlands liefert,
geben am besten Zeugnis von deutschem Fleiß und deutscher
Arbeit.

Verlangen Sie bitte daher heute noch die interessante und
reichhaltige Preisliste der Textilmanufaktur, welche Ihnen sofort
kostenlos zugeht wird.

die im Privatsanksystem entstanden seien, gemindert werden
könnten. Deshalb werde an die Spitze der Erörterungen die
Frage der Verstaatlichung des Bankwesens gestellt.

Dr. Schacht richtete sodann in diesem Zusammenhang
eine Reihe von Fragen an

Prof. Dr. Hermann Bente

von der Universität Kiel. Dr. Bente wies darauf hin, daß
man auf Grund der in den letzten Jahren gemachten Erfah-
rungen darauf schließen könne, daß das Vertrauen zu den
Spartakassen in weiten Schichten der Bevölkerung so außer-
ordentlich groß gewesen sei, daß man die Frage, ob ein staat-
liches Institut größerem Vertrauen als eine private Bank
finde, bejahen könne.

Das stärkere Vertrauen zu den vom Staate beschirmten
Bankunternehmen erkläre sich daraus, daß die Pri-
vatbanken verlag hätten und die öffentliche Bürgschaft
einfrieren müßte.

Bisher habe die Anschauung vorgeherrscht, daß das private
Bankwesen die Wirtschaft billiger mit Leihkapital versorgen
könne als das öffentliche Bankwesen. Es sei jedoch nicht
einzuführen, warum die öffentlichen Betriebe die Kunst des
Wirtschaftens nicht ebenso gut beherrschten sollten.

Zu der Frage Dr. Schachts, ob ein staatliches Bank-
wesen die Kreditverteilung besser durchführen könne als das
private Bankwesen, äußerte sich Prof. Dr. Bente dahin,
daß konjunkturpolitisch gesehen eine klare Entscheidung hier-
über schwer zu treffen sei; unter dem Gesichtspunkte der
strukturpolitischen Beeinflussung scheine das öffentliche Bank-
wesen überlegen zu sein.

Die englische Thronrede

Feierliche Parlamentseröffnung durch den König.

Die dritte Tagung des gegenwärtigen englischen Parla-
ments wurde durch den König feierlich eröffnet. Der Staats-
akt vollzog sich in den alten traditionellen Zeremonien. Das
Königspaar begab sich in der überreich verzierten Staats-
karosse vom Buckingham-Palast nach dem Parlaments-
gebäude, wo Kanonenschüsse seine Ankunft verkündeten. Mit
der Krone auf dem Haupt und bekleidet mit dem Purpur-
mantel, begab sich der König in den Sitzungssaal des Ober-
hauses und verlas dann die Thronrede, deren Kernstück die
Abrüstungsfrage behandelte. Es heißt darin u. a.:

„Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind wei-
terhin freundschaftlich. Das Hauptziel meiner Regierung in in-
ternationalen Angelegenheiten ist, durch alle in ihrer Macht befin-
dlichen Mittel den Frieden in der Welt zu fördern
und zu erhalten. Mit diesem Ziel vor Augen wird meine Re-
gierung weiterhin mit anderen Regierungen zusammenwirken und
versuchen, eine befriedigende Lösung der verwickel-
ten Abrüstungsfragen zu erreichen und fruchtbare Ergeb-
nisse aus den langen Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu erzie-
len. Meine Regierung bleibt weiterhin entschlossen, das interna-
tionale Zusammenwirken mittels kollektiver Aktion durch den Völ-
kerbund aufrechtzuerhalten und in jeder anderen Weise, die dazu
angelt, gute Beziehungen zwischen allen Staaten und Völkern
zu fördern.“

Ferner wird in der Thronrede gesagt, daß das vergan-
gene Jahr durch ein ständiges Wachsen des Vertrauens in
die Aussichten des britischen Handels und der britischen In-
dustrie gekennzeichnet gewesen sei. Die Regierung werde
weiterhin ihre Anstrengungen fortsetzen, um günstige Bedin-
gungen für den Außenhandel zu schaffen, insbesondere
durch den Abschluß von Handelsabkommen. Das Parlament
werde aufgefordert werden, sofort umfassende Maßnahmen
zu erwägen, um den Arbeitslosenversicherungss-
plan auf eine gesunde Grundlage zu stellen und ein neues
System zur Unterstützung der nicht durch Versicherung ge-
deckten Arbeitslosen zu schaffen.

Zwischenfall im Oberhaus

Im Oberhaus ereignete sich in der Eröffnungssitzung
ein Zwischenfall. Als der König gerade seine Thronrede
beendigt hatte, machte der Abgeordnete der Arbeiterpartei
McGovern Zwischenrufe, in denen er die Arbeitslosenpolitik
der Regierung kritisierte. Dann wandte er sich an den König
selbst und rief: „Sie sollten sich schämen und an die Leute
denken, die draußen vor Hunger sterben!“

Verständigung ist möglich!

Der Führer über die deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 23. November.

Der „Matin“ veröffentlicht den Inhalt einer Unter-
redung, die der Außenminister des französischen Wirt-
schaftsblattes „L'Information“, de Brinon, mit
Reichskanzler Adolf Hitler gehabt hat. Brinon hebt
die zwanglose herzliche Aufnahme durch den Reichskanzler
hervor, der im Gegensatz zu anderen Staatsmännern jedes
Zeremoniell und jedes Inzidenzen vermeidet, dessen in-
neres Feuer aber belebend zum Ausdruck komme.

Der Reichskanzler habe erklärt, daß seine Einstellung
stets die gleiche sei. Er wünsche die Aussprache und Ver-
ständigung, weil er darin die Garantie für den Frieden
erblicke. Er wolle, daß dieser wahrhafte Frieden zwischen
loyalen Gegnern geschlossen werde. Er habe dies wieder-
holt erklärt, aber man habe ihm immer nur mit miß-
trauischen Worten geantwortet. — Sein Wille habe sich
jedoch nicht gewandelt.

„Ich glaube“, so erklärte der Reichskanzler, „daß das
Ergebnis der Volksabstimmung meinem Wunsch neue Kraft
gibt. Wenn früher Stresemann oder Brüning verhan-
delten, so konnten sie sich nicht darauf berufen, daß das
deutsche Volk hinter ihnen stehe. Ich aber habe ganz
Deutschland! Ich habe dem Volke nicht verheimlicht,
was ich wollte. Das Volk hat meine Politik begünstigt.“ Das
Gepräch sei dann auf das deutsch-französische Problem
übergegangen. Adolf Hitler, so schreibt de Brinon, glaube
an die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständi-
gung.

„Ich habe die Ueberzeugung — so habe der Reichs-
kanzler erklärt — daß, wenn die Frage des Saargebietes,
das deutsche Land ist, einmal geregelt ist, nichts Deutsch-
land und Frankreich in Gegensatz zu einander bringen
kann. Gleichwohl ist keine Streitfrage. Aber wie
lange noch wird man wiederholen müssen, daß wir weder
absorbieren wollen, was nicht zu uns gehört, noch daß
wir uns von irgend jemand lieben lassen sollen, der uns
nicht liebt! In Europa besteht nicht ein einziger Streit-
fall, der einen Krieg rechtfertigt. Alles läßt sich zwischen
den Regierungen der Völker regeln, wenn sie das Gefühl
ihrer Ehre und ihrer Verantwortlichkeit besitzen. Es gibt
ein von vaterländischem Geist befeeltes Polen und ein nicht
weniger an seinen Traditionen hängendes Deutschland.
Zwischen ihnen bestehen Differenzen und Reibungspunkte,
die auf einen schlechten Vertrag zurückgehen, aber nichts,
was Wert wäre, kostbares Blut zu vergießen, denn es sind
immer die Besten, die auf den Schlachtfeldern fallen.“

Deshalb ist zwischen Deutschland und Polen ein gut
nachbarliches Abkommen möglich.

Man beleidigt mich, wenn man weiterhin erklärt, daß ich
den Krieg will. Sollte ich so wahrhaftig sein? Den Krieg?
Er würde das Ende unserer Rassen bedeuten, die Eliten
sind, und in der Folge der Zeiten würde man sehen, wie
Asien sich auf unserem Kontinent festsetzt und der Bolsche-
wismus triumphiert. Wie sollte ich einen Krieg wün-
schen, während doch die Folgen des letzten Krieges noch
auf uns lasten und sich noch 30 oder 40 Jahre lang fühl-
bar machen werden.

Ich denke nicht für die Gegenwart sondern ich denke an
die Zukunft.

Ich habe vor mir eine lange innerpolitische Arbeit. Ich
habe dem Volke den Begriff seiner Ehre wiedergegeben.
Ich will ihm auch die Lebensfreude wiedergeben. Wir
bekämpfen das Elend. Schon haben wir die Arbeitslosig-
keit zurückgedrängt. Aber ich will Besseres leisten! Ich
werde noch Jahre brauchen, um dahin zu gelangen. Glau-
ben Sie, was ich will?

Der Berichterstatter wies in diesem Zusammenhang
auf die äußere Aufmachung hin, die man in Deutschland
findet: die Freude und die Verherrlichung der Kraft. Der
Reichskanzler habe darauf erwidert, daß Deutschland fähig
sein müsse, sich zu verteidigen. Sein Programm lasse sich
folgendermaßen präzisieren: keinen Deutschen für einen
neuen Krieg; aber für die Verteidigung seines Vaterlandes
das gesamte Volk. Wenn die Jugend in Deutschland in
Reih' und Glied marschiere, wenn sie die gleiche Kleidung
trage, so deshalb, weil sie die neue Ordnung und ihre Ga-
rantie verkörpere. Der Reichskanzler führte nach der Schil-
derung de Brinons

zum deutsch-französischen Problem.

aus: Mein Vaterland ist nicht eine zweitrangige Nation,
sondern eine große Nation, der man eine unerträgliche
Behandlung aufgezwungen hat. Wenn Frankreich seine
Sicherheit darauf aufzubauen gedenke, daß es Deutschland
unmöglich sei sich zu verteidigen, dann ist nichts zu machen,
denn die Zeiten, in denen das möglich war, sind zu Ende.

Wenn Frankreich aber seine Sicherheit in einem Ab-
kommen finden will, bin ich bereit, alles anzuhören, alles
zu begreifen, alles zu unternehmen. Man weiß ziemlich ge-
nau, worin die von Deutschland geforderte Gleichheit besteht.
Moralisch handelt es sich um ein absolut gleiches Recht. Die
prestigefähige Durchführung kann etappenweise erfolgen, und
man kann über die Einzelheiten verhandeln. Aber man sagt
mir: Gerechtigkeit, Gleichheit, jedoch keine Gleichheit ohne Gegen-
leistung. Welche Gegenleistung? Man müßte endlich den
Inhalt des französischen Wortes Sicherheit kennen!

Auf den Hinweis de Brinons, in Frankreich möchte man
auch die Gewißheit haben, daß nach endgültiger Regelung
der Differenzen nicht neue Schwierigkeiten auftauchen, er-
widerte der Kanzler: „Ich allein entscheide über die Politik
Deutschlands, und wenn ich mein Wort gebe, dann bin ich
gewohnt, es zu halten. Was ist also noch notwendig? Ich
habe keinen Thron geerbt, ich habe aber eine Ehre aufrecht-
zuerhalten. Ich bin ein Mensch, der handelt und der seine
Verantwortung übernimmt. Ich bürge mit meiner Person
für das Volk, das ich führe und das mir die Kraft gibt.
Aber sprechen wir von der französischen Sicherheit! Wenn
man mir sagen würde, was ich für sie tun kann, würde ich
es gern tun, wenn es sich nicht um eine Unehre oder um
eine Drohung für mein Land handelte. Ein englischer Jour-
nalist hat geschrieben, daß man zur Beruhigung Europas
eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich her-
beiführen und Frankreich die zukünftige Sicherheit eines Ver-
teidigungsbündnisses mit England geben müsse. Wenn es
sich um ein derartiges Bündnis handelt, will ich es gern
unterschreiben; denn

